

Wolfgang Huber

Verantwortung für den Frieden – im Gedenken der Toten
Einhundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs

Ansprache zum Auftakt des Volkstrauertags im Brandenburger Dom
am 17. November 2018

Taumel kann einen ergreifen angesichts der Fülle der Erinnerungsdaten, die in diesen Novembertagen so dicht aufeinander gehäuft sind, dass wir deren Spannweite kaum verarbeiten können: die Beendigung des Ersten Weltkriegs und die Abdankung der Monarchen, die Ausrufung der Republik und die Einführung des Frauenwahlrechts, alles innerhalb weniger Tage vor einhundert Jahren, aber ebenso Hitlers Marsch auf die Münchener Feldherrnhalle 1923 und fünfzehn Jahre später, im Jahr 1938 die gegen Jüdinnen und Juden, ihre Einrichtungen und Synagogen gerichteten Pogrome. Welch einen großen Schritt und Welch einen Kontrast bildet dann, wiederum am 9. November, die Maueröffnung von 1989, in der die Mühen der Bürgerrechtsbewegung sich belohnt sahen und die doch weiter reichte, als die meisten zu hoffen – und sogar zu beten – wagten.

Welch ein Taumel kann einen ergreifen, wenn man all diese Erinnerungsdaten auf sich wirken lässt! Das Vorhaben, den 9. November zum nationalen Feiertag zu erklären, konnte nicht gelingen; zu dicht liegen Gutes und Abgründiges an diesem Tag beieinander. Und noch immer fällt es uns schwer, die Erinnerungen, die sich mit diesen Novembertagen in unserem kulturellen und politischen Gedächtnis verbinden, zu sortieren; ins Reine kommen werden wir mit unserer Geschichte ohnehin nicht.

Der Volkstrauertag ist der Versuch, dem Erinnern eine Form zu geben. Seine Einführung hängt mit dem Ersten Weltkrieg unmittelbar zusammen, der vor einhundert Jahren an sein äußeres Ende kam, auch wenn seine Folgen unabsehbar blieben. Im Ersten Weltkrieg fanden siebzehn Millionen Menschen den Tod, über zwanzig Millionen wurden verletzt; Ungezählte waren ihr Leben lang durch diesen Krieg traumatisiert.

Man konnte es nicht bei den Zahlen belassen; auch in diesen unfassbaren Zahlen mussten die einzelnen Schicksale bedacht und gewürdigt werden. Gräber mussten aufgespürt, gepflegt oder neu geschaffen werden; die Erinnerung an die Kriegstoten sollte lebendig bleiben; über den Tod hinaus sollten sie mit Namen genannt werden; die Trauer um sie sollte einen Ort erhalten. Aus diesem Grund wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Jahr 1919 gegründet; dieses Gründungsdatum jährt sich im nächsten Jahr zum einhundertsten Mal. Auf ihn geht die Initiative zum Volkstrauertag zurück, der 1922 zum ersten Mal begangen wurde. Er war zunächst mit dem Sonntag Reminiscere verbunden, einem Sonntag in der Passionszeit, der dem Leidensweg Jesu Christi gewidmet ist. Mit ihm wurde auf diese Weise das beschädigte und gewaltsam beendete Leben der Kriegstoten in Verbindung gebracht.

In seiner Ausrichtung als Volks-Trauertag war dieser Sonntag in seiner anfänglichen Ausrichtung von nationalen Tönen nicht frei. Solche Töne wurden auch deshalb angeschlagen, weil man starke Gründe dafür suchte, warum so viele Menschen aus dem eigenen Volk im Krieg ihr Leben lassen mussten. Das NS-Regime machte sich diese Töne zu Nutze und stellte den Tag in den Dienst der Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung. Es war nicht leicht, solche Traditionen hinter sich zu lassen. Der neue Ort im Jahr, am Sonntag vor dem Ewigkeitssonntag, an dem aller Toten gedacht wird, erwies sich als große Hilfe.

Der Volkstrauertag ist heute, wie es Jahr für Jahr im Totengedenken für diesen Tag ausdrücklich heißt, allen Opfern von Gewalt und Krieg gewidmet,

den Kindern, Frauen und Männern aller Völker. Es geht nicht mehr darum, die politischen Gründe und Ziele, derentwegen Soldaten in den Krieg zogen, zu rechtfertigen. Es geht um ein ebenso respektvolles wie solidarisches Gedenken an alle Opfer von Krieg und Gewalt. Aus ihm soll die Kraft erwachsen, das Menschenmögliche zu tun, damit Gewalt gebändigt, Krieg abgewandt, Terror überwunden wird.

Auf den Frieden richtet sich der Volkstrauertag, die Erinnerung an die Kriegstoten, die Pflege der Kriegsgräber, die Begleitung Hinterbliebener. Dem Frieden dient es auch, wenn junge Menschen sich an Kriegsgräbern begegnen und wahrnehmen, wie der große Gleichmacher, der Tod, keine Rücksicht auf Herkunft und Staatszugehörigkeit nahm. Aus dem Erinnern der Geschichte soll die Bereitschaft wachsen, Verantwortung wahrzunehmen und Versöhnung zu leben. Das ist der Dreiklang, der mich persönlich an diesem Tag beschäftigt und über diesen Tag hinaus. Es ist dieser Dreiklang, um den wir uns an vielen Orten in Brandenburg bemühen, auch dort, wo wir mit den dunklen und schwierigen Seiten unserer eigenen Geschichte konfrontiert sind. Ich nenne als Beispiel den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche in Potsdam, der zu einem Ort des Friedens und der Versöhnung werden soll – eben unter dem Dreiklang: Geschichte erinnern, Verantwortung lernen, Versöhnung leben.

In diesen Tagen, an denen wir das Ende des Ersten Weltkriegs bedenken, macht Christopher Clarks Wort von den „Schlafwandlern“ wieder die Runde. So bezeichnet er die Politiker Europas, die vor einem Jahrhundert in eine Menschheitskatastrophe hineinschlitterten, weil sie die politische Krise von 1914 zum grausigen Flächenbrand werden ließen. Als „Machtträumer“ deute ich die Mächtigen jener Zeit, nicht bloß als Schlafwandler. Macht erwies sich im Aufstieg der europäischen Mächte als eine derart starke Droge, dass sie im Wunsch, mehr davon zu bekommen, die europäische Urkatastrophe herbeiführten, den ersten Krieg, dem schon bald der Name „Weltkrieg“ zuwuchs.

An der Träumerei der Mächtigen nahmen auch die Kirchen teil. Erneut brach sich der Irrtum Bahn, man könne sich auf Gott auch dann noch berufen, wenn man ihn zum Partiegott der eigenen Sache macht. „Gott mit uns“, die Aufschrift auf den Koppelschlössern des Ersten Weltkriegs war nicht eine grenzüberschreitende Hoffnung, in die jedes menschliche Leben geborgen war, selbst noch im Schützengraben. Nein, der göttliche Beistand wurde für die eigenen Kriegsziele erwartet. Von Gott wurde der Tod der Feinde erfleht Und das Gottvertrauen der Soldaten wurde zugleich zur Steigerung ihrer Opferbereitschaft eingesetzt.

Auch noch die Erinnerung an die Kriegstoten wurde bisweilen vom Geist der Revanche bestimmt. Weit außerhalb des Landes Brandenburg fand ich einmal ein Kriegerdenkmal mit folgender Aufschrift: „Unseren im Weltkriege 1914-1918 gefallenen Helden zur Ehre. [...] Möge aus ihren Gebeinen der Rächer erstehen.“ Das war der Geist, aus dem heraus diejenigen, die im Ersten Weltkrieg zur Welt kamen, im Zweiten ihr Leben lassen mussten: geboren im Krieg – für den Krieg.

Gottseidank sprechen viele Orte des Gedenkens heute eine andere Sprache. Wenn Kriegstote aus dem eigenen Ort namentlich genannt werden, braucht das nicht länger gegen die Einsicht gewendet zu werden, dass unser Gedenken allen Toten von Krieg und Gewalt gilt. Deshalb hoffe ich, dass manche Konflikte um Denkmäler und Gedenktafeln für Kriegstote der Vergangenheit angehören. Zugleich halte ich es für geboten, dass solche Denkmäler sich nicht mit einem Geist der Vergeltung verbinden. Gerade die großen Gedenkstätten in Brandenburg sprechen eine andere Sprache, in Halbe, auf den Seelower Höhen und an vielen anderen Orten. Sie sind zu völkerverbindenden Orten des Friedens geworden. Sie gedenken der Opfer aus allen Völkern, die in den Kriegen des 20. Jahrhunderts gegeneinander standen. Sie setzen Mahnzeichen gegen die Gewalt.

Wir stützen uns heute auf eine Tradition, die der Gewalt nicht das letzte Wort lässt. Die Friedliche Revolution von 1989 hat zu ihr Entscheidendes

beigetragen. Ihr Ruf hieß nicht nur: „Wir sind das Volk“. Er hieß auch: „Keine Gewalt“. Auch dieser Dom war dafür ein wichtiger und prägender Ort. Deshalb freut es mich besonders, dass der Landesverband Brandenburg des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge seine heutige Auftaktveranstaltung in diesem Dom durchführt, der Wiege der Mark.

Der Vorrang der Gewaltfreiheit, für den auch in diesem Dom gestritten wurde, gilt nicht nur für Revolutionen, sondern auch für den Einsatz der Polizei und für internationale Konflikte. Schritt für Schritt haben solche Überlegungen Eingang in die normativen Grundlagen der internationalen Politik gefunden. Zu ihren Aufgaben gehört der Schutz vor Gewalt durch ein funktionsfähiges System kollektiver Sicherheit, die Förderung von Freiheit durch die Gewährleistung der unteilbaren, universellen Menschenrechte, der Abbau von Not durch nachhaltige Entwicklung, die wechselseitige Anerkennung der Menschen in ihrer kulturellen Verschiedenheit durch die Gestaltung gelebter Pluralität in der Gesellschaft. Diese Grundsätze verstehen sich noch längst nicht von selbst; umso wichtiger ist, sie im politischen Bewusstsein zu verankern, sie nicht von Zynikern zerreden zu lassen und sich für eine Politik einzusetzen, die – und sei es in kleinen Schritten – auf diese Ziele hinführt.

Der politische Zynismus, den ich meine, paart sich oft mit einer Wiederbelebung des Nationalismus. Es genügt nicht, dieser unheiligen Allianz entgegenzutreten. Vielmehr muss man das Gespräch mit Menschen suchen, die für solche Töne anfällig sind und sich von ihnen verführen lassen. Wir müssen die Enttäuschungen und Befürchtungen ansprechen und bearbeiten, aus denen Menschen sich von neuem Nationalismus und alter Fremdenfeindlichkeit einfangen lassen. Dieses Gespräch ist entscheidend für die Zukunft unserer Demokratie. Unseren Beitrag zum Frieden in der Welt können wir am ehesten dann leisten, wenn wir den Zusammenhalt im Innern festigen.

Dafür brauchen wir – so hat es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der vormalige Bundestagsabgeordnete dieser Stadt, in seiner großen Rede am 9. November gesagt – einen aufgeklärten, demokratischen Patriotismus. Aufgeklärt muss er sein; denn unser Patriotismus kann die Augen vor der Schuldgeschichte des eigenen Landes, vor Krieg, Gewaltherrschaft und Völkermord, nicht verschließen. Zu ihm gehört aber auch das Zutrauen zu den guten Kräften dieses Landes, die anderes zu Wege bringen und dem Frieden dienen können. Mit den Worten des Bundespräsidenten: „Wir können uns der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch bewusst sein, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was geglückt ist in unserem Land.“ Zu diesem aufgeklärten, demokratischen Patriotismus gehört zugleich und vor allem, dass wir uns nicht über andere erheben, sondern die gleiche Würde aller Menschen achten. Deshalb hat die Sprache des Hasses und die Abwertung von Fremden in diesem Patriotismus keinen Ort. Die Verachtung anderer Menschen tastet die Ehre Gottes an. Darum sagt Bischof Markus Dröge zu Recht: „Antisemitismus ist Gotteslästerung.“

So vielfältig und vielschichtig die Gedenktage im November auch immer sind – gerade in diesem Jahr – , so deutlich schält sich heraus, was wir aus ihnen entnehmen können: Schuldkenntnis und Gottvertrauen, Verantwortung und Dankbarkeit, Erinnerung an alle Opfer von Gewalt und die Bereitschaft, das uns Mögliche zu tun, um heute und morgen Menschen vor Gewalt und Krieg zu bewahren.